

Pressemitteilung:

Berlin, 12.08. Zum internationalen Tag der Jugend fordert ein breites Bündnis von kirchlichen, politischen und gewerkschaftlichen Jugendorganisationen sowie nationale und internationale Studierendenverbänden die Bundeskanzlerin in einem offenen Brief auf, sich für ein Lieferkettengesetz in Deutschland und auf europäischer Ebene einzusetzen.

Im Handel und der Produktion verletzen deutsche Unternehmen im Zuge der weltweiten Wertschöpfungs- und Lieferketten immer wieder grundlegende Menschenrechte. Dazu zählen Kinderarbeit, Ausbeutung, Diskriminierung und fehlende Arbeitsrechte. Die Umwelt wird durch illegale Abholzung, Pestizid-Ausstoß, Wasser- und Luftverschmutzung geschädigt und zerstört.

Die Jugendorganisationen fordern deshalb gemeinsam ein Lieferkettengesetz, das Menschenrechte und die Umwelt in globalen Lieferketten weltweit schützen soll. Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse des Monitorings im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte haben gezeigt, dass nur wenige Unternehmen freiwillig Verantwortung für ihre Lieferketten übernehmen.

Deshalb fordern die Jugendorganisationen, so schnell wie möglich einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen zu vereinbaren, in dem die Sorgfaltspflichten der Unternehmen rechtlich verankert werden. Das beschlossene nationale Lieferkettengesetz in Deutschland soll dann als Grundlage für eine EU-Regulierung genutzt werden.

Ansprechpartnerin:

Vera Arndt (aktiv bei der Brot für die Welt Jugend)

ja@brot-fuer-die-welt.de 01781581899